

**1053. Sitzung des Bundesrates am 11. April 2025:
Ergebnisse des Bundesrates (BR) und
Abstimmungsverhalten von Sachsen-Anhalt (ST)**

Beginn der Sitzung: 09:33 Uhr; Ende der Sitzung: 11:20 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

- Dankworte an den Ministerpräsidenten Stephan Weil (Niedersachsen) anlässlich seines bevorstehenden Ausscheidens aus dem Amt

TOP	Inhalt und Hinweise	BR- Ausschüsse
1	<p>Geschäftsordnungen für den Vermittlungsausschuss, für den Gemeinsamen Ausschuss und für das Verfahren nach Artikel 115d des Grundgesetzes</p> <p>gemäß Artikel 77 Absatz 2 Satz 2, Artikel 53a Absatz 1 Satz 4, Artikel 115d Absatz 2 Satz 4 GG Drucksache 146/25</p> <p>Ergebnis BR / Abstimmung ST: Zustimmung zur durch den Deutschen Bundestag am 25.03.2025 beschlossenen Übernahme der Geschäftsordnungen aus der 20. Wahlperiode für die 21. Wahlperiode des Deutschen Bundestages</p>	
2	<p>Entwurf eines Gesetzes zur strafrechtlichen Bekämpfung der Verabreichung sogenannter K.O.-Tropfen zur Begehung von Raub- und Sexualdelikten <i>Einspruchsgesetz</i></p> <p>gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen gemäß § 36 Absatz 2 GO BR Drucksache 128/25</p> <p>Ausschussüberweisung: R, FJ, In</p>	

TOP	Inhalt und Hinweise	BR- Ausschüsse
3	<p>Entschließung des Bundesrates - "Agrarpolitik gemeinsam weiterentwickeln und vereinfachen"</p> <p>Antrag des Landes Rheinland-Pfalz gemäß § 36 Absatz 2 GO BR Drucksache 137/25</p> <p>Ausschussüberweisung: AV, EU, Fz, U</p>	<p>- AV - EU - Fz - - U -</p>
4	<p>Entschließung des Bundesrates zum künftigen Umgang mit dem Wolf in Deutschland und Europa</p> <p>Antrag der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern Beitritt: Thüringen Drucksache 119/25 Drucksache 119/1/25</p> <p>Ergebnis BR: Ziffer 2 der Ausschussempfehlungen sowie in der Schlussabstimmung wurde zugestimmt, d. h., die Entschließung wurde nach Maßgabe von Änderungen gefasst.</p> <p>Abstimmung ST: ➤ Enthaltung zu allen Abstimmungen</p>	<p>- U - AV - EU -</p>
5	<p>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 143h) <i>Zustimmungsgesetz</i></p> <p>gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG Drucksache 59/25</p> <p>Ergebnis BR: Es wurden keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf erhoben.</p> <p>Abstimmung ST: ➤ Enthaltung</p> <p>Protokollerklärung (u. a. ST, Anlage): Minister Robert Crumbach (Brandenburg) für die Länder Brandenburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen</p>	<p>- Fz - In -</p>

TOP	Inhalt und Hinweise	BR- Ausschüsse
6	<p>Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften <i>Zustimmungsgesetz</i></p> <p>gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG Drucksache 92/25 Drucksache 92/1/25</p> <p>Ergebnis BR: Ziffern 1 bis 12 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., zum Gesetzentwurf wurde Stellung genommen.</p> <p>Abstimmung ST:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Zustimmung zu Ziffern 1, 3 bis 12 ➤ Ablehnung der Ziffer 2 	- Vk - Fz - In -
7	<p>Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen Ein einfacheres und schnelleres Europa - Mitteilung über die Umsetzung und Vereinfachung</p> <p>gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG Drucksache 80/25 Drucksache 80/1/25</p> <p>Ergebnis BR: Ziffern 2 bis 4, 6 bis 11 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., zur Vorlage wurde Stellung genommen; Direktübermittlung der Stellungnahme an die Kommission.</p> <p>Abstimmung ST:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Ablehnung der Ziffern 1, 5, 7, 10 ➤ Zustimmung zu Ziffern 2 bis 4, 6, 8, 9, 11 	- EU -
8	<p>Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Der Weg zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen</p> <p>gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG Drucksache 78/25 Drucksache 78/1/25</p> <p>Ergebnis BR / Abstimmung ST: Den Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., zur Vorlage wurde Stellung genommen; Direktübermittlung der Stellungnahme an die Kommission.</p>	- EU -

TOP	Inhalt und Hinweise	BR- Ausschüsse
9	<p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über nichtfinanzielle Statistiken zu Gewerbeimmobilien</p> <p>gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV und §§ 3 und 5 EUZBLG Drucksache 108/25 zu Drucksache 108/25 Drucksache 108/1/25</p> <p>Ergebnis BR: Ziffern 2 bis 12, 15 bis 18 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., zur Vorlage wurde gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG Stellung genommen; Direktübermittlung der Stellungnahme an die Kommission.</p> <p>Abstimmung ST:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Enthaltung zu Ziffer 1 ➤ Zustimmung zu Ziffern 2 bis 12, 15 bis 18 	<p>- EU - Fz - In - - Wi - Wo -</p>
10	<p>Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien (EU) 2022/2464 und (EU) 2024/1760 bezüglich der Termine, ab denen die Mitgliedstaaten bestimmte Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung und die Sorgfaltspflichten von Unternehmen erfüllen müssen</p> <p>gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV und §§ 3 und 5 EUZBLG Drucksache 111/25 zu Drucksache 111/25 Drucksache 111/1/25</p> <p>Ergebnis BR: Ziffern 2 bis 6, 16, 19, 28, 29 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., zur Vorlage wurde gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG Stellung genommen; Direktübermittlung der Stellungnahme an die Kommission.</p> <p>Abstimmung ST:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Zustimmung zu Ziffern 1 bis 5, 13, 16 bis 19, 28, 29 ➤ Enthaltung zu Ziffern 6, 14, 15, 20 bis 27 	<p>- EU - AIS - Fz - - R - U - Wi -</p>

TOP	Inhalt und Hinweise	BR- Ausschüsse
11	<p>Verordnung zur Änderung der GAPInVeKoS-Verordnung und der GAP-Konditionalitäten-Verordnung</p> <p>gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 94/25 Drucksache 94/1/25</p> <p>Ergebnis BR: Ziffern 2, 3 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., der Verordnung wurde nach Maßgabe von Änderungen zugestimmt.</p> <p>Abstimmung ST: ➤ Zustimmung zu Ziffern 1 bis 3</p>	- AV - A/S - U -
12	<p>Zweite Verordnung zur Änderung der Personenstandsverordnung</p> <p>gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 95/25</p> <p>Ergebnis BR / Abstimmung ST: Der Verordnung wurde zugestimmt</p>	- In -
13	<p>Verordnung über die Standards für die Übermittlung elektronischer Akten von Behörden und juristischen Personen des öffentlichen Rechts an die Gerichte im gerichtlichen Verfahren (Behördenaktenübermittlungsverordnung - BehAktÜbV)</p> <p>gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 81/25 Drucksache 81/1/25</p> <p>Ergebnis BR: Ziffer 3 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., der unveränderten Verordnung wurde zugestimmt.</p> <p>Abstimmung ST: ➤ Zustimmung zu allen Abstimmungen</p>	- R - Fz - In -

TOP	Inhalt und Hinweise	BR- Ausschüsse
14	<p>Verordnung zur Erleichterung der Grundbucheinsicht für Windenergieanlagen, Solaranlagen und Telekommunikationsnetze</p> <p>gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 82/25 Drucksache 82/1/25</p> <p>Ergebnis BR: Ziffern 7, 8 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., der unveränderten Verordnung wurde zugestimmt; eine Entschließung wurde gefasst.</p> <p>Abstimmung ST:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Enthaltung zu Ziffern 1 bis 5 ➤ Zustimmung zu Ziffern 6 bis 8 	<p>- R - In - U - - Vk - Wi - Wo -</p>
15a	<p>Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für die Ratsarbeitsgruppe "Verteidigungsindustrie"</p> <p>gemäß § 6 Absatz 1 EUZBLG i.V.m. Abschnitt I der Bund-Länder-Vereinbarung Drucksache 66/25 Drucksache 66/1/25</p> <p>Ergebnis BR / Abstimmung ST: Den Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h. Benennung von Regierungsdirektorin Hannah Obersteller (Niedersachsen) und Ministerialdirigent Dr. Armin Hartmuth (Bayern).</p>	<p>- EU - Wi -</p>
15b	<p>Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für den Ständigen Ausschuss der Kommission für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel (SCoPAFF), Sektion: Pflanzenschutzmittel (Gesetzgebung)</p> <p>gemäß § 6 Absatz 1 EUZBLG i.V.m. Abschnitt I der Bund-Länder-Vereinbarung Drucksache 98/25 Drucksache 98/1/25</p> <p>Ergebnis BR / Abstimmung ST: Den Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h. Benennung von Marc Brühne (Nordrhein-Westfalen).</p>	<p>- EU - AV -</p>

TOP	Inhalt und Hinweise	BR- Ausschüsse
16	<p>Benennung eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Kuratoriums der Stiftung "Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland"</p> <p>gemäß § 7 Absatz 3 HdGStiftG Drucksache 109/25</p> <p>Ergebnis BR / Abstimmung ST: Der Benennung von Staatssekretär Dr. Bernd Uwe Althaus (Thüringen) zum Mitglied sowie von Leitender Ministerialrätin Christina Halwas (Thüringen) zum stellvertretenden Mitglied wurde zugestimmt.</p>	- K -
17	<p>Benennung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern für den Eisenbahninfrastrukturbeirat</p> <p>gemäß § 4 Absatz 4 BEVVG Drucksache 114/25 Drucksache 114/1/25</p> <p>Ergebnis BR / Abstimmung ST: Den Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h. Bekräftigung des BR-Beschlusses vom 14.03.2014 [BR-Drucksache 67/14 (Beschluss), Ziffer 1] und Benennung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für den Zeitraum der 21. Wahlperiode des Deutschen Bundestages (u. a. für Sachsen-Anhalt Ministerin Dr. Lydia Hüskens als Mitglied).</p>	- Vk -
18	<p>Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht</p> <p>Drucksache 107/25</p> <p>Ergebnis BR / Abstimmung ST: Von einer Äußerung und einem Beitritt zu den Verfahren wurde abgesehen.</p>	- R -
19	<p>Entschließung des Bundesrates „Förderung der Weiterbildung für Kinder- und Jugendärztinnen und -ärzte“</p> <p>Antrag des Landes Baden-Württemberg gemäß § 36 Absatz 2 GO BR Drucksache 154/25</p> <p>Ausschussüberweisung: G, AIS, Fz, K</p>	

TOP	Inhalt und Hinweise	BR- Ausschüsse
20	<p>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/1938 hinsichtlich der Rolle der Gasspeicherung bei der Sicherung der Gasversorgung vor der Wintersaison</p> <p>gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV und §§ 3 und 5 EUZBLG Antrag des Landes Sachsen-Anhalt gemäß § 35 GO BR Drucksache 105/25 zu Drucksache 105/25</p> <p>Ergebnis BR: Von der Vorlage wurde Kenntnis genommen.</p> <p>Abstimmung ST: ➤ Enthaltung</p>	- EU - Wi -
21	<p>Entschließung des Bundesrates "Abstammungsrecht ändern: Zwei-Mütter-Familien stärken"</p> <p>Antrag des Landes Rheinland-Pfalz gemäß § 36 Absatz 2 GO BR Drucksache 161/25</p> <p>Ausschussüberweisung: R, FJ, FS</p>	
22	<p>Entschließung des Bundesrates "80 Jahre Ende Zweiter Weltkrieg - Zusammenhalt in Europa stärken"</p> <p>Antrag der Länder Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Saarland Beitritt: Hamburg gemäß § 36 Absatz 2 GO BR Drucksache 164/25</p> <p>Ergebnis BR/ Abstimmung ST: Die Entschließung wurde im Wege der sofortigen Sachentscheidung gefasst.</p>	
23	<p>Entschließung des Bundesrates zur notwendigen Überbrückungs- finanzierung zur Stabilisierung der Krankenhauslandschaft im Trans- formationsprozess der Krankenhausreform</p> <p>Antrag des Landes Brandenburg gemäß § 36 Absatz 2 GO BR Drucksache 166/25</p> <p>Ausschussüberweisung: G, Fz, In</p>	

Hinweis:

Die nächste Sitzung wurde für den 23.05.2025, 09:30 Uhr, einberufen.

Anlage

**„Erklärung zu Protokoll der Länder
Brandenburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Thüringen und
Sachsen
abgegeben von Herrn Minister Crumbach
in der 1053. Sitzung des Bundesrates
am 11. April 2025**

zu

TOP 5 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 143h)
BR Drucksache: 59/25

Die Länder Brandenburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen stellen fest, dass das für die ostdeutschen Länder wichtige Thema der aus dem Anspruch- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (AAÜG) resultierenden Lasten in der Begründung des Gesetzesentwurfes angesprochen wird, ohne eine in die Zukunft gerichtete Lösung dieser Problematik zu skizzieren. Die Mitfinanzierung gesetzlicher Renten stellt eine enorme Belastung für die Haushalte der ostdeutschen Länder dar. Bisher haben die ostdeutschen Länder in den Jahren 1991 bis 2024 rd. 72 Mrd. Euro für die Versorgungsleistungen nach dem AAÜG aufgewendet.

Die finanziellen Belastungen der ostdeutschen Länder aus den Sonder- und Zusatzversorgungssystemen sind trotz der in 2020 beschlossenen Erhöhung der Bundesbeteiligung am Zusatzversorgungssystem des AAÜG um 10 Prozentpunkte auf 50 Prozent weiterhin hoch.

Die Länder Brandenburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen betonen, dass es sich bei der Finanzierung der Sonder- und Zusatzversicherungsrenten der ehemaligen DDR um ein Thema des Rentenrechts handelt, das in die Zuständigkeit des Bundes fällt. Daher ist die vollständige Übernahme der AAÜG-Lasten durch den Bund geboten. Die ostdeutschen Länder fordern daher die Bundesregierung erneut auf, einen weiteren Entlastungsschritt im Rahmen eines konkreten Stufenplans bis zu einer vollständigen Übernahme der sich aus dem AAÜG ergebenden Lasten vorzunehmen.“